



18. Februar 2020

Arbeit im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wahl des Ministerpräsidenten von Thüringen beschäftigte in dieser Plenarwoche natürlich auch den Landtag von NRW. Dieser unverzeihliche Vorgang von Erfurt hat Auswirkungen weit über die Grenzen des Bundeslandes hinaus.

Es geht um die Frage, wie es die Parteien der sogenannten „bürgerlichen“ Mitte mit der AfD halten und welche Konsequenzen wir daraus, auch hier in NRW, ziehen. **Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist und war der Standpunkt immer klar: Mit politischen Extremisten darf es keine Taktiererei durch die Hintertür geben.** Am Donnerstag haben wir das in einer Aktuellen Stunde unmissverständlich zum Ausdruck bringen können. Hier bedarf es eines Schulterschlusses aller Demokratinnen und Demokraten!

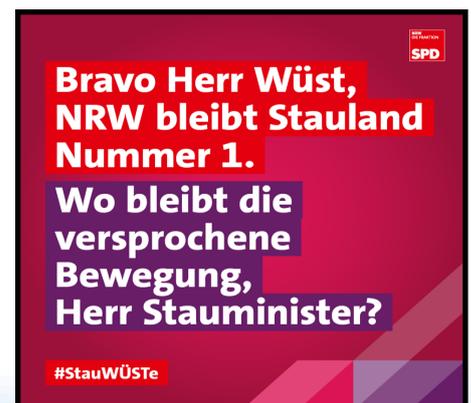


Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Staubilanz 2019

Was haben CDU und FDP im Landtagswahlkampf nicht alles für Verbesserungen versprochen? An dieser Stelle sei insbesondere das Wort „Stau“ eingeworfen. Und was haben sie letztendlich liefern können? Nichts!

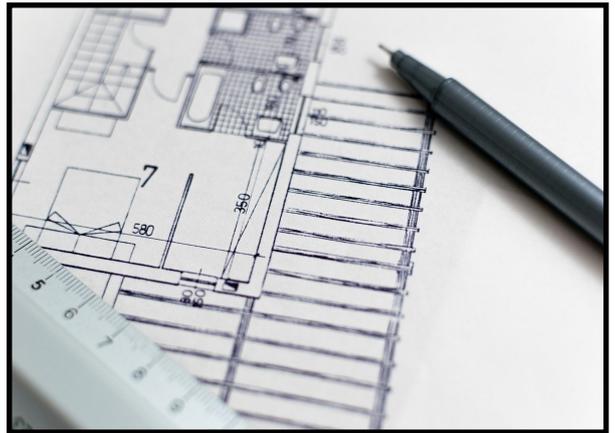
Die Staubilanz für 2019 ist mehr als erschütternd. Das Stau-Chaos wird, entgegen aller schwarz-gelber Gelöbnisse, immer schlimmer. Bei der Zahl der Stau-Ereignisse, den Stau-Kilometern sowie den Stau-Stunden liegt NRW bundesweit an der Spitze. Unser Bundesland ist eine einzige Stauwüste. In einer Aktuellen Stunde, die am vergangenen Freitag auf der Agenda stand, haben wir erfahren, wie sich Verkehrsminister Wüst rechtfertigt. Eins ist klar: Wir werden vorerst weiterhin ins Lenkrad beißen müssen.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

NRW braucht mehr Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten

Unser Land bildet zu wenige Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten aus. Diese sind aber Voraussetzung dafür, „Megatrends“ wie zum Beispiel dem Klimawandel entgegenzutreten und Urbanisierungstendenzen begegnen zu können. Trotz der großen Nachfrage nach einem Studienplatz, kann das Fach in NRW lediglich an der Technischen Hochschule Ostwestfalen-Lippe studiert werden. Studierende verlassen NRW für das Studium und werden dann von Arbeitgebern anderswo angeworben. Die Bergische Universität Wuppertal hat reagiert und ein Konzept für einen neuen Studiengang vorgelegt, welches von allen Fachverbänden der Landschaftsarchitektur unterstützt wird. Schwarz-Gelb ist seit einem Jahr über dieses Konzept informiert, hat diesem Vorhaben im Landshaushalt 2020 aber dennoch keinen Tribut gezollt. Städte und Gemeinden in NRW müssen fit für die Zukunft gemacht werden, die Landesregierung versäumt es jedoch die entsprechenden Fachkräfte auszubilden.



Urheber: www.pixabay.com / 3844328

Drucksache 17/8590

Große Anfrage Zeitungsmarkt: Landesregierung ohne Bekenntnis zur Medienvielfalt

Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zum Zeitungsmarkt in NRW umfasst 380 Seiten. Klare politische Aussagen sucht man allerdings vergebens. Der Kostendruck zwingt Redaktionen zu Einsparungen: Arbeitsplätze von Journalisten stehen auf dem Spiel, Zeitungen werden teurer, das Angebot verschiebt sich zunehmend vom Print in den Online-Bereich. Trotzdem, das Bekenntnis der Landesregierung zur Medienvielfalt oder gar ein Konzept, um entsprechenden Entwicklungen zu begegnen, gibt es nicht. Wir setzen uns für eine Stärkung des Zeitungsmarktes ein. Wir wollen die Journalismus-Stiftung „Vor Ort NRW“ zur Förderung des Lokaljournalismus wiederbeleben, nachdem die Regierung Laschet die Stiftung kurzerhand einkassiert hatte. Diese Landesregierung tut eindeutig zu wenig für den Zeitungsmarkt in NRW und lässt dabei Leserinnen und Leser sowie Journalistinnen und Journalisten auf der Strecke.



Urheber: www.pixabay.com / MichaelGaida

Drucksache 17/8469

Wohnungsbau wieder fördern – eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft muss her!

In einer Zeit, in der fast jeder zweite Einwohner einer Großstadt Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat, ist der geförderte Wohnungsbau wichtiger denn je. Bezahlbarer Wohnraum ist akute Mangelware. NRW trifft es dabei besonders hart. In Bonn, Neuss, Köln und Düsseldorf müssen Mieter rund 30% ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben. Mehr als irgendwo sonst in Deutschland.

Wir brauchen also dringend mehr bezahlbare Mietwohnungen. **Seit Armin Laschet in NRW regiert, ist der geförderte Wohnungsbau allerdings gar um 40% zurückgegangen.** 2019 hat sich der Abwärtstrend noch einmal bestätigt. Unsere Forderung wird dadurch mit jedem Tag wichtiger: Wir brauchen in NRW endlich wieder eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft! Hohe Mietpreise und Wohnungsnot steigern die soziale Ungerechtigkeit. Deshalb wollen wir stärkeren Mieterschutz und bezahlbaren Wohnraum.

Drucksache 17/8591

„Immer da – immer nah“ – Die Provinzial Versicherung muss auch weiterhin in öffentlicher Hand bleiben

Die Provinzial ist ein starker Versicherer in öffentlicher Hand und gleichzeitig auch ein attraktiver Arbeitgeber für mehr als 10.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bei der anstehenden Fusion von Provinzial NordWest und Provinzial Rheinland muss die Landesregierung dringend sicherstellen, dass die Provinzial in öffentlich-rechtlicher Hand bleibt, damit die Menschen in NRW auch weiterhin auf den Slogan „Immer da – immer nah“ bauen können. Dieses Modell ist wichtig für Bürgerinnen und Bürger, nur so können faire Bedingungen auf dem Versicherungsmarkt hergestellt werden.

[Drucksache 17/8580](#)

Jahresauftaktkonferenz der Landtagsfraktion in Düsseldorf

[#FairGehtMehr,](#)

[#ZusammenWachsen,](#)

[#DuBistEsWert](#)

Leitmotive, die nicht nur nett klingen, sondern die künftige parlamentarische Arbeit prägen sollen. Grund genug, dass sie auf der Jahresauftaktkonferenz der Landtagsfraktion, die zu Beginn dieses Monats stattfand und sich über 600 Gäste freute, vorgestellt und im Anschluss diskutiert wurden.

Auch Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken, das neue Spitzenduo der Bundes-SPD, waren dabei und brachten sich ein.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion



Sich einbringen, genau das tun auch die Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener, die sich ebenfalls unter die zahlreichen Gäste mischen. Tagtäglich engagieren sich die ehrenamtlich Tätigen in der Stadtgesellschaft und leisten einen enormen Beitrag für das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben. Mit ihnen noch intensiver ins Gespräch zu kommen, das war Ziel dieser Veranstaltung. Ihre Erfahrungen spielen eine entscheidende Rolle, gerade für die parlamentarische Arbeit im Landtag von NRW. Denn sozialen Fortschritt, Wandel bei dem keiner zurückgelassen wird und Chancengleichheit erreichen

Plenarrede vom Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier: 5G-Ausbau - Für die Vielen und nicht die Wenigen!

„Der Ausbau des 5G Netzes ist ein zentrales Zukunftsprojekt, um Deutschland fit für die Digitalisierung zu machen.“, da war sich Sebastian Watermeier in seiner letzten Plenarrede zu einem Antrag der Grünen sicher. Verständnislos zeigte er sich hingegen, dass der Ausbau des Netzes bislang einigen wenigen Regionen vorbehalten blieb. Für das Ruhrgebiet, so stellte es sich heraus, gebe es laut Telekom hingegen „aktuell keine konkreten Pläne“. „Damit werden fünf Millionen Menschen im größten Ballungsraum Europas vergessen.“, schlussfolgerte Watermeier. Die Landesregierung hat es somit bislang verschlafen, feste Ausbauziele zu definieren und die digitale Teilhabe für die Vielen sicherzustellen. Im Digitalisierungsausschuss werden die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion dranbleiben und einen schnelleren Ausbau einfordern!

[Rede Sebastian Watermeier Mdl](#)

[hier ansehen](#)



Urheber: Büro Watermeier

Landtagsabgeordnete zeigen Solidarität mit den Beschäftigten bei real!

Der kürzlich erfolgte Verkauf der 276 real-Filialen in Deutschland sorgt seit Wochen für große Unsicherheit bei den Beschäftigten. Einige der Filialen sollen nach der Übernahme durch das deutsch-russische Konsortium SCP-Group geschlossen, andere weiter verkauft werden. Wie viele Filialen und somit auch Beschäftigte davon betroffen sind, lässt sich aktuell nicht absehen. Nach Angaben des Gesamtbetriebsrats müssen jedoch rund 10 000 der insgesamt etwa 34 000 Real-Mitarbeiter mittelfristig mit einer Kündigung rechnen.

In der vergangenen Woche nahmen Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion an der landesweiten Kundgebung in Düsseldorf teil, um ihrer Solidarität mit den verunsicherten Beschäftigten bei real Ausdruck zu verleihen. Die zentrale Botschaft lautete: „34.000 Beschäftigte dürfen nicht für die Fehler der Unternehmensführung zur Verantwortung gezogen werden!“

Urheber Fotos: Privat



Wahlkreisarbeit

Weitere Fragen zur Zentraldeponie Emscherbruch: SPD-Landtagsabgeordnete der Region wollen Klarheit

Die nun bekannt gewordene Lagerung von gefährlichen Raffinerie-Rückständen in der Deponie Emscherbruch nahmen die SPD-Landtagsabgeordneten aus Gelsenkirchen und Herne zum Anlass, die Landesregierung nach den genauen Umständen zu fragen.

Heike Gebhard erklärt: „Wenn 34.000 Tonnen dieser Rückstände der Shell-Raffinerie Rheinland hier in unserer Region eingelagert wurden, wollen wir auch genau wissen, wie die Weiterverarbeitung zu deponiefähigem Material durchgeführt wird, welche Abfälle oder Nebenprodukte bei diesem Prozess entstehen und durch welche Maßnahmen auf der Deponie eine Gefährdung für Gesundheit und Umwelt ausgeschlossen werden kann.“

Sebastian Watermeier ergänzt: „Dabei stellt sich auch die Frage, ob die Abnehmer wie die Emscherbruch-Deponie wussten, dass sie keinen Petrolkoks verarbeitet haben. Die Menschen in dieser Region sind belastet genug. Deshalb wollen wir ganz genau wissen, was im Emscherbruch deponiert wird und wie sichergestellt wird, dass sich daraus keinerlei Belastungen ergeben.“

Hintergrund:

In den letzten Wochen ist eine öffentliche Diskussion darüber entbrannt, unter welchen Bedingungen auf der Zentraldeponie Emscherbruch in den vergangenen zwei Jahren rund 34.000 Tonnen gefährlicher Schwerölrückstände aus der Shell Raffinerie Rheinland eingelagert wurden. Insbesondere die Verarbeitung der Raffinerierückstände in Anlagen in den Städten Herne, Castrop-Rauxel, Bottrop, Marl, Duisburg, Gelsenkirchen und Essen sind in dieser Hinsicht von Interesse. Öffentliche Informationen über die Produktionskette gibt es mit Verweis auf das Betriebsgeheimnis nicht. Daraus ergibt sich jedoch eine große Unsicherheit in der Öffentlichkeit, denn ohne diese Weiterverarbeitung wäre eine Deponierung in Gelsenkirchen rechtlich nicht möglich gewesen, sondern sie hätte in der Ursprungsregion erfolgen müssen.

Zuvor wurde durch Anfragen des Gladbecker Abgeordneten Michael Hübner bekannt, dass Shell jahrelang Rückstände aus ihrer Raffinerie fälschlicherweise als Petrolkoks deklariert hatte. Dadurch gelangten die schadstoffbelasteten Rückstände unter anderem in Kraftwerke wie dem Steag-Kraftwerk in Herne, wo sie nach heutigem Kenntnisstand nicht hätten verbrannt werden dürfen. Aus noch ungeklärten Gründen hat Shell selbst jedoch seit 2017, also noch bevor dies öffentlich bekannt wurde, seine Rückstände nicht mehr als Brennstoff auf den Markt gebracht, sondern auf einem anderen Weg entsorgt.

[Hier geht's zur Kleinen Anfrage](#)

SPD-Landtagsabgeordnete besuchen Ineos Phenol in Gladbeck

Bei einem Besuch in Gladbeck machte sich Heike Gebhard gemeinsam mit weiteren SPD-Landtagsabgeordneten aus der Region ein Bild von den Investitionen des Unternehmens Ineos Phenol. Für den Bau der neuen Cumol-Anlage im Chemiepark Marl investiert Ineos über eine halbe Milliarde in diesen Standort. Das ist ein klares Bekenntnis zur Region, über das wir uns freuen. Auch für Menschen aus den angrenzenden Kommunen, wie Gelsenkirchen, ist das im Hinblick auf die entstehenden Arbeitsplätze eine gute Nachricht.

„Das nördliche Ruhrgebiet ist ein starker und moderner Industriestandort. Er ist auf dem Weg, Vorbild für einen nachhaltigen Wandel in ganz Europa zu werden“, meint die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Heike Gebhard (SPD). Jedoch dürfe die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht vergessen werden, auch wenn die Menschen in der Region an Bergbau und Industrie gewöhnt sind. „Dazu gehört zum einen, transparent damit umzugehen, wie ein Unternehmen arbeitet und wie Risiken für Mensch und Umwelt ausgeschlossen werden. Hier können neue internationale Standards für eine umweltverträgliche Industrie gesetzt werden.“



Foto: SPD Gelsenkirchen



Urheber: Privat

Offene Bürgersprechstunde des Ortsvereins Feldmark

Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat sowie der Bezirksvertretung, konnte sich Sebastian Watermeier, im Rahmen der „Offenen Bürgersprechstunde“, organisiert von der Feldmarker SPD, mit interessierten Feldmarker Bürgerinnen und Bürgern austauschen. „Wie sieht es mit der Sicherheitslage am Gelsenkirchener Busbahnhof aus?“, „Wie ist es um die Zukunft des Treffpunkts Stadt.Bau,Raum. bestellt?“, die Nachfragen tangierten diverse Themenbereiche.

Sebastian Watermeier kam nicht allein. Begleitet wurde er nicht nur von seinem Wahlkreismitarbeiter, sondern diesmal auch von seinem Schülerpraktikanten Eren Polatkan, welcher ihm zwei Wochen lang, sowohl im Landtag, als auch im Wahlkreisbüro, über die Schulter schauen konnte.

„Mit Eren habe ich einen engagierten und interessierten Schüler kennenlernen dürfen, der sich mit seiner offenen und herzlichen Art gut ins Team einbringen konnte. Insbesondere seine Leidenschaft an der Erarbeitung neuer politischer Ideen hat mir sehr zugesagt! Wir brauchen politisch interessierte Menschen!“, so **Sebastian Watermeier**.

Eren Polatkan dazu: „Das Praktikum hat mir einen tiefgreifenden Einblick in die Arbeitswelt eines Abgeordneten geben können. Herr Watermeier und seine Mitarbeiter waren unglaublich nett zu mir. Ich konnte viel lernen!“



Foto: Gianluca Bruno

Arbeitslosenzentrum ist für Menschen in Gelsenkirchen unverzichtbar

Die Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Landtag NRW, Heike Gebhard, besuchte das Gelsenkirchener Arbeitslosenzentrum in Gelsenkirchen. Anlass ist die Entscheidung des NRW-Arbeitsministers Karl-Josef Laumann es, wie alle anderen 78 Arbeitslosenzentren in NRW, ab nächstem Jahr nicht mehr zu fördern. Vor Ort tauschte sie sich sowohl mit Vertreterinnen des Trägers Caritas, als auch mit dem Träger der beiden Erwerbslosenberatungszentren, der Diakonie, aus.



Urheberin: Pia Mickels

Die von Minister Laumann aufgestellte Behauptung, Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen stellen Doppelstrukturen dar, ist in der Realität völlig unzutreffend. Die beiden Einrichtungen arbeiten in Gelsenkirchen zwar eng miteinander zusammen, bieten allerdings auch ein klar voneinander abgegrenztes Angebot. Die Arbeit und Funktion des leicht erreichbaren offenen Cafés im Arbeitslosenzentrum als erste Anlaufstelle ist unverzichtbar. Sie ist weder personell noch räumlich von den Erwerbslosenberatungsstellen übernehmbar.

Gleichzeitig verlangt der Arbeitsminister von allen 73 Erwerbslosenzentren in NRW, zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben auch Beratung gegen Arbeitsausbeutung zu leisten. Dabei soll eine umfassende Rechtsberatung für Beschäftigte erfolgen, unter anderem bei Umgehung des Mindestlohns, Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz Kündigungen. Doch schon jetzt sind die Erwerbslosenberatungsstellen in Gelsenkirchen überlastet. Zusätzliche Aufgaben können von ihnen nur dann übernommen werden, wenn auch zusätzliches Personal vom Land finanziert wird. Dabei steht außer Frage, dass eine Beratung gegen Arbeitsausbeutung sinnvoll ist.

Statt wie behauptet bessere Infrastrukturen für die Beratung zu schaffen, gefährdet Laumann auf Kosten der erwerbslosen Bürgerinnen und Bürger mit seinem Vorhaben die vorhandenen Netzwerke zwischen Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren und die Qualität des Beratungsangebots. Die Kosten für die Landesförderung sind mit 15.600 Euro pro Arbeitslosenzentrum verhältnismäßig gering. Das sollte es einem reichen Land mit sprudelnden Steuereinnahmen wert sein.

Närrischer Landtag 2020 - Gelsenkirchener Tollitäten erhalten Orden

Wie in den vergangenen Jahren war der Landtag auch diesmal wieder voll in den Händen der Närrinnen und Narren aus ganz NRW. Mehr als 111 Prinzenpaare, Dreigestirne, Prinzessinnen und Prinzen aus waren nach Düsseldorf gekommen. Der Präsident des Landtags, André Kuper, empfing sie gemeinsam mit Vizepräsidentin Carina Gödecke im Parlamentsgebäude am Rhein. Mit unter den Gästen: Martina III. und Martin I. - das Stadtprinzenpaar aus Gelsenkirchen zum Närrischen Landtag 2020 inklusive Hofstaat.

Auf der Bühne in der vollständig gefüllten Bürgerhalle wurde ihnen der Orden des Landtags NRW überreicht. Dabei wurden sie von ihrem Hofstaat und den beiden Gelsenkirchener Abgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier verstärkt.



Urheber: Dieter Gebhard

Der Närrische Landtag 2020 war nicht nur eine besondere Wertschätzung für alle Tollitäten aus ganz NRW, sondern auch eine willkommene Abwechslung zum politischen Alltag der Landtagsabgeordneten.

Heike Gebhard und Andreas Becker besuchen DGB-Haus der Jugend

Nachdem Vertreterinnen und Vertreter der DGB-Jugend NRW an einem Programm der SPD-Fraktion im Landtag NRW teilgenommen haben, statteten die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Andreas Becker dem DGB-Haus der Jugend ab und informierten sich bei Susanne Franke, Leonie Wagner, Mark Rosendahl, Kasiani Kalaitzidis und Daniel Bönnemann über das vielfältige Betreuungs- und Bildungsangebot.

Die regelmäßigen Angebote reichen vom Haus der offenen Tür und Hausaufgabenbetreuung für Jüngere über Beratungsangebote für Schule, Praktikum oder Uni für Jugendliche bis zum Frauencafé im DGB-Haus der Jugend für Frauen jeden Alters und jeder Nationalität.



Urheber: DGB-Haus der Jugend

Beeindruckt vom großen Engagement der Beschäftigten, ihre wichtige Arbeit für den Stadtteil und darüber hinaus sagten die Abgeordneten auch künftig einen stetigen Dialog und politische Unterstützung zu.

Heike
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian
Watermeier